



Detailansicht des Registereintrags

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S)

Aktuell seit 26.05.2026 11:19:05

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001021
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	26.05.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: BAG-S e.V. Kochhannstraße 6 10249 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493028507864 E-Mail-Adressen: info@bag-s.de Webseiten: www.bag-s.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Lars Schäfer**
Funktion: 1. Stellvertretender Vorsitzender
2. **Angelina Bemb**
Funktion: Vorsitzende
3. **Heike Timmen**
Funktion: 2. Stellvertretung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Christina Müller-Ehlers**

Gesamtzahl der Mitglieder:

6 Mitglieder am 03.03.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Nationale Armutskonferenz
2. Children of prisoners europe
3. Edition Seehaus Nomos

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Integration; Migration; Rechtspolitik; Strafrecht; Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die BAG-S trägt dazu bei, die Einrichtungen der Mitgliedsverbände in der Straffälligenhilfe zu beraten, Arbeitsschwerpunkte untereinander abzustimmen und Konzepte weiterzuentwickeln. Dafür veranstaltet die BAG-S Fachtagungen und veröffentlicht dreimal im Jahr das Journal "Informationsdienst Straffälligenhilfe". Darin dokumentiert sie die Entwicklungen in der Straffälligenhilfe, die Presseberichterstattung sowie die Fachliteratur. Sie wertet Statistiken für die Praxis aus und weist auf zahlreiche Veranstaltungen im Bereich der Straffälligenhilfe hin.

Die BAG-S möchte das öffentliche Bewusstsein für die Aufgaben der Integration und Resozialisierung von Straffälligen fördern. Deshalb berät und informiert sie die Medien bei

Publikationen, Radio- oder Fernsehbeiträgen zum Thema Straffälligenhilfe. Sie führt Pressegespräche zu aktuellen Themen durch und vertritt die Anliegen der Straffälligenhilfe auf Fachtagungen, Foren und öffentlichen Veranstaltungen.

Die BAG-S engagiert sich sozial- und kriminalpolitisch, um der Diskriminierung und Ausgrenzung Straffälliger entgegenzuwirken und den Beitrag der sozialen Integrationsarbeit der Straffälligenhilfe zur Prävention zu verdeutlichen.

Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen Organisationen ähnlicher Zielsetzung und setzt sich für Belange und Forderungen der Straffälligenhilfe gegenüber Gesetzgebern, Ministerien, Parteien und Verwaltungen ein. Dafür erarbeitet die BAG-S in Facharbeitskreisen und auf bundesweiten Fachtagungen gemeinsame Stellungnahmen, Positionen und Reformvorschläge.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Fahren ohne Fahrschein

Beschreibung:

Faktenpapier "Fahren ohne Fahrschein". Der Unrechtsgehalt des „Erschleichens von Leistungen“

ist so gering, dass es nicht angemessen ist, diese Handlung unter Strafe zu stellen. Die Schadenshöhe ist sehr gering und für das Vorliegen einer Beförderungerschleichung müssen keine Zugangsbarrieren oder -kontrollen überwunden, Fahrscheine gefälscht oder Kontrollpersonen getäuscht werden. Der bloße Anschein, sich ordnungsgemäß zu verhalten, reicht aus. Das Strafrecht als die Ultima Ratio des staatlichen Zwanges hat nur gewichtige Formen schädigenden Sozialverhaltens als Unrechtstatbestände zu sanktionieren.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherheit" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2405020012](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2605260017 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit

Beschreibung:

Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan. Das erklärte Ziel dieses Plans, die Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden, wird von der BAG-S unterstützt. Insbesondere begrüßen wir die Verpflichtung der Bundesregierung, in partnerschaftlichem Agieren mit allen relevanten Akteuren dieses wichtige Ziel zu verfolgen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405020014 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

3. Therapie statt Strafe

Beschreibung:

Positionspapier zur Änderung des §7 SGB II

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 629/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2405020015 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2510230013 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. Positionspapier der BAG-S zu den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSu und SPD

Beschreibung:

Anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 wenden wir uns gegen Tendenzen zur Schwächung des Rechts- und Sozialstaates und fordern Reformen im Justiz- und Sozialwesen unter dem Aspekt einer rationalen, evidenzbasierten Kriminalpolitik. Beim Strafvollzug orientieren wir uns an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das straffällig gewordenen Menschen ein Grundrecht auf Resozialisierung zuspricht und den Gesetzgeber verpflichtet, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [[alle RV hierzu](#)]; Strafrecht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504150030](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

5. **Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz über eine Strafrechtspflegestatistik**

Beschreibung:

Stellungnahme der BAG-S zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz über eine Strafrechtspflegestatistik

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes über die Statistiken der Strafrechtspflege des Bundes

Datum des Referentenentwurfs: 17.10.2024

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz \(BMJV\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504150031](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

6. **Armuts- und Reichtumsbericht**

Beschreibung:

Seit 2001 berichtet die Bundesregierung in jeder Legislaturperiode auf empirischer Grundlage über Armut, Reichtum und zentrale Lebenslagen. Auch der aktuelle Entwurf ist eine umfassende Datensammlung, die besorgniserregende Entwicklungen hinsichtlich Armut und Ungleichheit in Deutschland dokumentiert.

Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (ARB) befasst sich mit der Wohnsituation von Menschen, die straffällig geworden sind. Die weiteren Problemlagen, auf

die wir im Folgenden hinweisen, werden allerdings nicht berücksichtigt. Dies sollte geändert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf des Siebten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung

Datum des Referentenentwurfs: 01.10.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510230014 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. Therapie statt Strafe

Beschreibung:

erneute Positionierung gemeinsam mit der DHS e.V.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]

8. Strafvollzugsgesetze Reform der Gefangenenvergütung

Beschreibung:

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (2023) reformieren alle Bundesländer ihre Strafvollzugsgesetze.

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

9. Stellungnahme zum Referentenentwurf "neue Grundsicherung"

Beschreibung:

Stellungnahme der BAG-S zur "neuen Grundsicherung" und der Änderungen des SGBII

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603030011 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

10. BAG-S Stellungnahme - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt**Beschreibung:**

Die Stellungnahme zum Gesetzentwurf wurde verfasst und an das BMJ gesandt.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.04.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605260016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2026 an:

Bundesregierung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **BMAS**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Projekte im Bereich der Straffälligenhilfe im besonderen Bundesinteresse

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschluss-2024.pdf